

AUSGABE 1 | 2022

STÄDTETAG AKTUELL



Inhalt

IM BLICKPUNKT

Was hilft gegen steigende
Energiepreise?

Mehr Förderung für den Breiten-
sport nötig

Gesprächsrunde zu Hass und Gewalt

Erklärung zum Ukraine-Russland-
Konflikt

AUS DEN STÄDTEN

Neues Lichtkonzept in Gotha

Hagen ist „klimakommune.digital“

Bremerhaven pflanzt Klassenzimmer

FORUM

Bremen hilft Windhoek beim Abfall

FACHINFORMATIONEN

PERSONALIEN

Deutscher Städtetag fordert: Energiepreise bremsen, EEG-Umlage abschaffen

Der Deutsche Städtetag unterstützt wegen deutlich steigender Energiepreise die geplante Heizkostenpauschale für Wohngeldbezieher und Bafög-Geförderte. Die Städte fordern außerdem den Bund auf, die EEG-Umlage auf den Strompreis noch in diesem Jahr abzuschaffen und die Stadtwerke als Grundversorger der Bevölkerung nicht zusätzlich zu belasten.



Foto: Paul-Philipp Braun

„Der Bund muss zügig liefern, um den Vertrauensvorschuss für die Energiewende nicht durch den Frust über stark steigende Energiepreise zu verspielen.“

Oberbürgermeister
Markus Lewe
Präsident des Deutschen
Städtetages

Der Präsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Markus Lewe aus Münster, erklärte: „Die plötzlich in die Höhe kletternden Energiepreise machen uns große Sorgen. Niemand darf im Winter frieren müssen, weil er sich Wärme nicht leisten kann. Die Betroffenen müssen sowohl beim Strompreis als auch beim Wohngeld unterstützt werden. Deshalb ist es ein gutes Signal, dass der Bund den Heizkostenzuschuss im Wohngeld nun auch für Geförderte in Ausbildung vorsieht. Das entlastet die von unverhältnismäßig steigenden Energiepreisen besonders betroffenen Menschen mit niedrigen Einkommen in diesem Jahr. Über eine Million Haushalte in Deutschland werden damit erreicht.“ Perspektivisch sollten statt solcher Einmalzahlungen die Energiekosten laufend im Wohngeld eingepreist werden. Zum Beispiel mittels einer Klimakomponente oder durch anteilige Berücksichtigung der Warmmiete im Wohngeld.

Die steigenden Energiepreise belasten private Haushalte genauso wie die Städte mit ihren öffentlichen Gebäuden, die Unternehmen sowie die Stadtwerke als Grundversorger für die Menschen vor Ort. „Um den überproportionalen und unverhältnismäßigen Anstieg der Stromkosten abzufedern, muss der Bund die EEG-Umlage auf den Strompreis so schnell wie möglich noch in diesem Jahr komplett abschaffen. Es ist gut, dass diese Forderung jetzt in der Ampel aufgegriffen werden soll. Erst bis 2023 zu warten, kommt zu spät“, so Lewe. Den Preisanstieg der Energiepreise zu dämpfen und gleichzeitig die Energiewende umzusetzen, bleibe für 2022 eine Riesenherausforderung. „Der Bund muss zügig liefern, um den Vertrauensvorschuss für die Energiewende nicht durch den Frust über stark steigende Energiepreise zu verspielen“. Hier seien kreative und pragmatische Lösungen und viel Dialog vonnöten. Außerdem müsse bald das System der Steuern und Abgaben auf den Strompreis reformiert werden,

sodass grüner, CO₂-freier Strom gefördert wird. Auch bei der Wärmeerzeugung müssen wir rasch auf erneuerbare Energien umstellen. Hier gehen die Pläne der Bundesregierung in die richtige Richtung.

Stadtwerke und schutzwürdige treue Kunden nicht zusätzlich belasten

Die Stadtwerke stehen als Grundversorger bereit, die hunderttausenden Neukunden aufzunehmen, die aufgrund von Insolvenzen und oder vertragswidrigen Kündigungen ihren bisherigen Energieversorger verloren haben. Dafür müssen viele Stadtwerke über ihren kalkulierten Bedarf hinaus jetzt zusätzliche Energie beschaffen, die nach Marktlage sehr teuer eingekauft werden muss. Städtetagspräsident Lewe erklärte: „Jeder, der will, wird von den Stadtwerken mit Energie versorgt. Aber es darf nicht dazu führen, dass die Stadtwerke und ihre treue Kundschaft für fragwürdige Geschäftsmodelle anderer Anbieter zur Kasse gebeten werden und für deren kurzfristige Finanzierung geradestehen müssen. Deshalb muss der Bund rechtlich klarstellen, dass Stadtwerke für diese Fälle unterschiedliche Preise für Grund- und Ersatzversorgung nutzen dürfen.“ Eine transparente Kalkulation nach Stichtag wäre beispielsweise eine gute Grundlage. Das praktizieren einige Stadtwerke bereits und passen die Grundtarife bei wieder sinkenden Energiepreisen auch entsprechend an.

„Wir brauchen ein deutliches Signal für faire und sozial gerechte Energiepreise. Einheitliche Preise für bestehende Verträge und Neukunden würden die Kosten für alle in die Höhe treiben. Darunter würden besonders schutzbedürftige Kunden mit niedrigem Einkommen leiden, die schon lange bei den Stadtwerken sind, weil sie aufgrund ihrer persönlichen Situation kein anderer Lieferant nimmt. Das würde die Not dieser Kunden nochmals vergrößern“, so Lewe.

Bessere Kontrolle durch die Bundesnetzagentur

Nach Ansicht der Städte ist die Bundesnetzagentur verantwortlich, neue Energieanbieter besser zu beaufsichtigen. „Die Bundesnetzagentur muss kontrollieren, ob die Geschäftsmodelle neuer Anbieter nachhaltig sind. Nur das hilft, die Gefahr von weiteren Insolvenzen zu vermindern. Billiganbieter mit risikoreichen Geschäftsmodellen haben auf dem Markt nichts zu suchen“, forderte der Präsident des Deutschen Städtetages, Markus Lewe.

TITELFOTO

Ruhrgebiet unter den Top 25 Zielen

Das Magazin National Geographic hat das Ruhrgebiet in seine Liste der „25 amazing journeys for 2022“ aufgenommen. Sehenswert in der einstmals von Bergbau und Stahlproduktion dominierten, dicht besiedelten Region seien die post-apokalyptisch anmutenden Industrieparks und Tagebauhalden. Als ganz besonders werden die Zeche Zollverein und der Emscher-Landschaftspark erwähnt.

➔ <https://t1p.de/bestoftheworld2022>

(Foto: Peter Prengel, Stadt Essen)

Bund und Länder sollen Breitensport stärker fördern

Der Deutsche Städtetag fordert Bund und Länder auf, den Breitensport stärker zu fördern und die Städte bei Sanierung und Ausbau der Sportinfrastruktur besser zu unterstützen. Sport in den Städten ist in all seinen Facetten bedeutsam für Lebensqualität und Gesundheit, Wertevermittlung sowie Zusammenhalt und Integration der Menschen.

Der Vizepräsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Burkhard Jung aus Leipzig, erklärte: „Angesichts eines

Sanierungs- und Investitionsstaus von 11 Milliarden Euro bei den Vereinssportstätten in Deutschland und von 20 Milliarden Euro bei den kommunalen Sportstätten, brauchen wir dringend ein langfristig angelegtes und angemessen dimensioniertes Sportstätteninvestitionsprogramm von Bund und Ländern. Es sollte ein jährliches Fördervolumen von 1 Milliarde Euro aufweisen und in den Städten sowohl die Sanierung als auch den Neubau von Sportstätten ermöglichen.“ Insgesamt ist der Sanierungsbedarf bei den Sportstätten gewaltig. Gut zwei Drittel der



Teilnehmende am Programm Fit im Park bei Fitnessübungen in Bochum (Foto: Lutz Leitmann Stadt Bochum)

1: 0 bei einem Spiel Bochumer Kindertagesstätten (Foto: Stadt Bochum Presseamt)

Die Vielfalt des Düsseldorfer Sports aktiv erleben war das Motto eines Ferientages der Feuerwehr (Foto: Landeshauptstadt Düsseldorf Feuerwehr)

Foto: Michael Bader



„Die Kommunen sind die größten Förderer des Sports in Deutschland. Sie bringen ca. 80 Prozent aller öffentlichen Gesamtausgaben im Sport auf.“

Oberbürgermeister
Burkhard Jung
Vizepräsident des Deutschen
Städtetages

Sportstätten in Deutschland befinden sich in kommunaler Trägerschaft. Vieles stammt aus den 1960er und 1970er-Jahren und entspricht nicht mehr heutigen Standards. Auch im Sport wandeln sich die Anforderungen der Menschen. Ziel der Städte ist zeitgemäße Förderung des Sports auf der Grundlage einer kommunalen Sportentwicklungsplanung, betont der Städtetags-Vizepräsident: „Die Kommunen sind die größten Förderer des Sports in Deutschland. Sie bringen ca. 80 Prozent aller öffentlichen Gesamtausgaben im Sport auf. Und die Städte wollen dem Sportverhalten und den Interessen der Bürgerinnen und Bürger auch in Zukunft gerecht werden.“ Dabei bleibt der organisierte Sport mit seinen Vereinen und Verbänden vor Ort der wichtigste Partner bei der Entwicklung des Sports.

Gerade im hochverdichteten Stadtgebiet mit knappem Flächenangebot richten die Städte ihr Augenmerk immer stärker darauf, einen breiten Zugang zu vorhandenen Sportstätten und -orten zu ermöglichen. Das gilt auch und gerade in der Pandemie, wenn dem die zeitweise nötigen Beschränkungen nicht entgegenstehen. „Die kommunale

Sportförderung muss sich weiterhin auf den vereinsgebundenen Sport ausrichten, aber auch darauf, dass immer mehr Menschen selbstorganisiert Sport treiben. Nötig ist eine Sportinfrastruktur mit modernen, multifunktionalen Sportanlagen und Sportmöglichkeiten im öffentlichen Raum“, so Städtetagsvizepräsident Jung. Die Förderung des Sports ist nicht nur Teil kommunaler Daseinsvorsorge, ein vielfältiges Sportangebot vor Ort macht Städte auch maßgeblich attraktiver.

Grundsatzpapier „Kommunale Sportpolitik und Sportförderung“

Die Veränderungen im Bereich der Sportinfrastruktur und beim Sportverhalten der Menschen sowie die notwendigen Anpassungen beleuchtet das aktuell veröffentlichte Grundsatzpapier „Kommunale Sportpolitik und Sportförderung“ des Deutschen Städtetages. Es liefert Handreichungen für die Mitgliedstädte ebenso wie Empfehlungen zu den wichtigsten sportpolitischen Handlungsfeldern. Darüber hinaus enthält es die zentralen sportpolitischen Forderungen der Städte an Bund, Länder und den organisierten Sport.

Gesprächsrunde beim Bundespräsidenten thematisiert Hass und Gewalt in Zeiten der Pandemie

Von Uwe Schippmann

Welche Erfahrungen haben Menschen bei der Polizei, in Medizinberufen und in der Kommunalpolitik in Zeiten der Pandemie mit Hass und Gewalt gemacht? Welche Reaktionen wünschen sich die Betroffenen? Diese Fragen erörterte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in kleiner Gesprächsrunde am 24. Januar in seinem Amtssitz in Schloss Bellevue. Für die kommunalen Spitzenverbände war Städtetagspräsident Oberbürgermeister Markus Lewe aus Münster dazu angereist.

Hass und Gewalt seien ein bundesweites Problem, das es nicht erst seit kurzem gebe, betonte der Bundespräsident in seiner Eingangsrede. Er erinnerte an die Ermordung von Regierungspräsident Walter Lübcke, an die Messerattacken auf die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker und Bürgermeister Andreas Hollstein in Altena und an den tödlichen Kopfschuss eines Maskenverweigerers auf den Beschäftigten einer Tankstelle in Idar-Oberstein.

Steinmeier lenkte den Blick auf die vielen gewaltsamen Eskalationen, auf Fackelzüge vor den Häusern von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern, auf die Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten und auf Morddrohungen in Chatgruppen und auf Social-Media-Portalen. Hass und Gewalt hätten ein erschreckendes Ausmaß angenommen und zerstörten in zunehmendem Maß das Fundament unseres sozialen Miteinanders, so der Bundespräsident. Die

rote Linie zur Meinungsfreiheit in der Demokratie verlaufe genau da, wo Gewalt ins Spiel komme. Dem gelte es, bundesweit mit allen Mitteln entgegenzutreten. „Nur Mehrheit zu sein, das reicht nicht. Die Mehrheit muss auch politisch erkennbar werden“, so Steinmeier.

„Nur Mehrheit zu sein, das reicht nicht. Die Mehrheit muss auch politisch erkennbar werden.“

Bundespräsident
Frank-Walter Steinmeier

„Es gibt eine Mehrheit, die einem vertraut, das Zepter des Handelns in die Hand zu nehmen“ – trotz unterschiedlicher politischer Ansichten sei in den Kommunen diese grundsätzliche Vertrauensbeziehung zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Stadtspitzen seit Jahrzehnten bestimmend, schilderte Lewe das Miteinander der Menschen in vielen Städten. Gleichzeitig beschrieb er eine wachsende Verrohung der Kommunikation in Teilen der Gesellschaft: „Netiquette einzuhalten, respektvoll miteinander umzugehen, auch zuzuhören und auch mal das Andersdenkende zuzulassen, das geht über die Netze zum Teil verloren.“ Die großen



Bild oben: Gesprächsrunde des Bundespräsidenten (Mitte) mit (v.l.n.r.) Markus Lewe, Oberbürgermeister der Stadt Münster und Präsident des Deutschen Städtetages; Undine Weihe, Polizei Berlin, Leiterin der 33. Einsatzhundertschaft; André Neumann, Oberbürgermeister der Stadt Altenburg; Dr. Klaus Reinhardt, praktizierender Hausarzt in Bielefeld und Präsident der Bundesärztekammer; Christian Tiede, evangelischer Pfarrer in Bautzen und Mitinitiator der Erklärung „Bautzen gemeinsam“; Annette Knaup, leitende Medizinische Fachangestellte in Paderborn. (Fotos: Bundesregierung, Guido Bergmann)



Social-Media-Anbieter müssten stärker eingreifen und schneller selbst tätig werden, wo rechtliche Grenzen überschritten werden, so Lewe. Außerdem nähmen für einige Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister die direkten Bedrohungen zu. Immer häufiger gäbe es Beleidigungen und Einschüchterungsversuche bis hin zu Aufrufen, vor den Privathäusern zu erscheinen. Hier sei ein Punkt erreicht, so Lewe, wo die Gesellschaft Haltung zeigen müsse.

„Es ist ein großes Geschenk in diesem Staat, dass wir diese kommunale Gemeinschaft haben und sie hat über viele Jahrzehnte funktioniert“, betonte er. Das gelte es zu schützen. Lewe wünschte sich mehr Prävention und Sensibilisierung für das Thema – aber auch Personenschutz, wo

das notwendig sei. Er mahnte eine bessere Ausstattung von Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften wie die Sonderstaatsanwaltschaft in NRW an sowie eine schnelle Strafverfolgung. Außerdem brauche es eine personell ausreichend starke Polizei in allen Bundesländern. Und nicht zuletzt gelte es, Netzwerke der Zivilgesellschaft zu bilden, um Betroffene zu unterstützen und die Mehrheit der demokratischen Gesellschaft sichtbar zu machen.

Die Veranstaltung können Sie auf der Website des Bundespräsidialamtes als Video ansehen: www.staedtetag.de/hasshetze-pandemie

Uwe Schippmann
Referent Deutscher Städtetag

Erklärung zum Ukraine-Russland-Konflikt: Vertrauen und Verständnis durch Partnerschaften

Der Deutsche Städtetag blickt mit Sorge auf die angespannte Situation in Europa an der Grenze zwischen Russland und der Ukraine. Die deutschen Städte wollen den Dialog auf der kommunalen Ebene stärken und damit ihren möglichen Beitrag leisten, den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine zu deeskalieren. Internationale Konflikte machen nicht an den Stadtgrenzen halt. Auch in den Städten werden Spannungen im internationalen Raum spürbar.

Der Deutsche Städtetag unterstützt die Anstrengungen der Bundesregierung und der Europäischen Union, einen militärischen Konflikt mit allen diplomatischen Mitteln zu verhindern.

Der Deutsche Städtetag betont den Wert lebendiger Städtepartnerschaften und internationaler Kooperationen. Vom gegenseitigen grenzüberschreitenden Austausch zwischen den Städten profitieren beide Seiten. Durch Dialog entsteht Vertrauen und gegenseitiges Verständnis. Deutsche Städte engagieren sich in Städtekooperationen und -partnerschaften für die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung in der Ukraine als Teil des von der Ukraine eingeschlagenen Wegs zu mehr Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Zugleich setzen sich deutsche Städte für die Aufrechterhaltung und Vertiefung des Dialogs mit russischen Städten ein. Ein Trialog von deutschen, russischen und ukrainischen Städten wäre ein großer Fortschritt.

Die belastbaren Kooperationen zwischen deutschen Städten einerseits und Städten in Russland und der Ukraine andererseits sind ein Weg, den Wert eines friedlichen Miteinanders und den Gedanken der Völkerverständigung zu betonen. Der Deutsche Städtetag bittet seine Mitgliedsstädte, vorhandene Kooperationen zu stärken. Lasst uns gemeinsam die Werte von Frieden, Freiheit und Demokratie hochhalten und auf die Einhaltung internationalen Rechts hinwirken.

Mehr Informationen

www.staedtetag.de/erklaerung-ukraine-russland-konflikt



Beschlüsse von Präsidium und Hauptausschuss

Bei den Sitzungen des Präsidiums am 25. Februar und des Hauptausschusses am 26. Februar sind zu folgenden Themen Beschlüsse gefasst worden:

- Umsetzung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht
- Energiepreise
- Grundsatzpapier „Kommunale Sportpolitik und Sportförderung“
- Aktuelle Situation in der Coronapandemie
- Die Rolle der Städte in Europa
- Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes
- Kommunale Bodenpolitik – Praxiserfahrungen und zukünftige Erfordernisse

www.staedtetag.de/positionen/beschluesse



Foto: Michael Kaub

Hagen ist Pilotstadt im Projekt „klimakommune.digital“

Die Stadt Hagen wurde als repräsentative Kommune für das Pilotprojekt „klimakommune.digital“ ausgewählt. Leitthemen des Projekts sind Klimaschutz und Digitalisierung. Hagen hat sich dabei vor allem die Unterstützung der digitalen Energiewende und die Transparenz städtischer CO₂-Emissionen zum Ziel gesetzt. Das auf drei Jahre angelegte Förderprojekt ist mit bis zu vier Millionen Euro dotiert. Die Mittel werden vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) vergeben. Die Leitung liegt in den Händen der Deutschen Energie-Agentur (dena). Das Projekt „klimakommune.digital“ wird im Rahmen des „Future Energy Lab“ der Deutschen Energie-Agentur im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie umgesetzt.

➔ <https://future-energy-lab.de/startseite>

Neues Lichtkonzept für Hauptmarkt in Gotha

Welche Leuchten am Rathaus und drumherum sorgen dort künftig für besondere Stimmung? Wie weit ist die denkmalgerechte Sanierung des Hauptmarktes der Residenzstadt Gotha? Welche Pflasterung gibt dem historischen Platz seine ganz eigene Anmutung? Diesen Fragen widmet sich ein YouTube-Video im Auftrag der Stadt Gotha und der KulTourStadt Gotha GmbH.

➔ www.youtube.com/watch?v=P3I8af05lts&t=27s



Grüne Klassenzimmer in Bremerhaven angepflanzt

Klassenzimmer aus Weidenruten sollen in einem Schulzentrum in Bremerhaven naturnahen Unterricht ermöglichen und auch bei extremen Sommer-Temperaturen oder epidemiologischen Krisen genutzt werden können. Die Weidenstecklinge dafür wurden zum Jahresende gesetzt. Der Bau der „grünen Klassenzimmer“ war 2020 zusammen mit der Schülerschaft und den schulischen Gremien beschlossen worden. Geplant ist außerdem ein Amphitheater aus Naturstein.



Foto: Georg Mondwurf

Bremen unterstützt Windhoek bei der Verbesserung des lokalen Abfallmanagements

Von Annkatrin Christ, Silke Goethe, Jörn Hendrichs, Annette Lang

Gemeinsam mit Partnern in Windhoek wird Bremen in den nächsten vier Jahren ein Projekt zur Verbesserung des dortigen Abfallmanagements und zur Förderung von Startups im Bereich der Kreislaufwirtschaft initiieren. Das von der Europäischen Union geförderte Projekt hat ein Volumen von 2,1 Millionen Euro.

Die Freie Hansestadt Bremen ist seit über vierzig Jahren freundschaftlich mit Namibia und insbesondere der Hauptstadt Windhoek verbunden. Diese Zusammenarbeit mit Namibia ist für Bremen auch eine historische Verpflichtung: Nicht zuletzt waren es Bremer Kaufleute, die maßgeblich mit dem Beginn der Kolonialisierung des heutigen Namibias in Verbindung zu bringen sind, welche zu den Gräueltaten des Völkermordes 1904 führte. Auf dieser Grundlage ist ein Bremer Engagement bereits in die Zeit vor der Unabhängigkeit Namibias 1990 zurückzuführen.

Hintergrund des Projekts

Die Bevölkerung der Stadt Windhoek wächst stetig und hat sich seit 2001 etwa verdoppelt. Mehr als die Hälfte der schätzungsweise 450.000 Einwohnerinnen und Einwohner lebt in informellen Siedlungen mit extrem hoher Arbeitslosigkeit und keiner bzw. kaum vorhandener Basisinfrastruktur, die die Grundbedürfnisse abdeckt. Die Formalisierung dieser Gebiete und in diesem Zuge die Reduzierung von Abfall, die Orientierung hin zu einer Kreislaufwirtschaft und eine Umwelt frei von Müll sind langfristige Ziele der Stadt Windhoek.

Die EU-Kommission stellt im Rahmen der Förderlinie „Civil Society Organizations and

Local Authorities (CSO-LA)“ Mittel für Projekte der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung. Auf die Ausschreibung des Jahres 2020 hin bewarben sich Bremen und Windhoek gemeinsam mit einem Projektvorschlag zur Verbesserung des dortigen Abfallmanagements. Gemeinsam mit 25 anderen Projekten wurde das Bremer Projekt bewilligt und erhält eine Förderung in Höhe von 2,1 Millionen Euro.

Inhalte und Ziele des Projekts

Die zentralen Ziele des Projektes sind, die Abfallmengen zu verringern, die Recyclingquote zu erhöhen und Arbeitsplätze durch innovative Neugründungen (Start-ups) im Bereich der Abfall- oder Kreislaufwirtschaft zu schaffen. Im Mittelpunkt der Maßnahmen stehen Hospitationen und Austausch zwischen Fachleuten der Abfallbetriebe und der Stadtverwaltungen in Bremen und Windhoek. In Windhoek wird im Laufe des Projektes ein „Zero-Waste“-Netzwerk eingerichtet werden, welches dazu beitragen soll, Strukturen und Praktiken zur Vermeidung und fachgerechten Entsorgung von Abfall zu etablieren. Ein zentraler Bestandteil des Projektes ist außerdem die Errichtung von Recyclingstationen sowie die Einrichtung eines Inkubators für Neugründungen von Start-ups, die sich auf die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle in den Bereichen Abfallminimierung, Recycling und Wiederverwendung von Materialien spezialisieren sollen.

Ein Fokus in Windhoek liegt auch auf der Umweltbildung mittels Workshops und Bildungsmaßnahmen für Schülerinnen und Schüler sowie öffentlichkeitswirksamen



Die Deponie Kuperberg
Landfill in Windhoek, der
Hauptstadt von Namibia.
(Fotos: Martin Wittmaier)



Kampagnen. Zudem soll ein Süd-Süd-Austausch mit der Bremer Partnerstadt Durban in Südafrika anlaufen, um das Projekt um die Perspektive eines weiteren Landes aus dem Globalen Süden zu ergänzen. Das Projekt hat eine Laufzeit von vier Jahren, die ersten Maßnahmen beginnen im Frühjahr 2022.

Lessons learned

Eine wichtige Grundlage für eine erfolgreiche Partnerschaft ist sicherlich das politische Bekenntnis zur Zusammenarbeit auf oberster Ebene, bekräftigt durch eine formale Vereinbarung. Das Amt des Bürgermeisters wird in Windhoek jeweils nur für einen Zeitraum von 12 Monaten vergeben, daher trägt eine Einbeziehung des für jeweils fünf Jahre gewählten Stadtrats von Windhoek dazu bei, politische Unterstützung und Aufmerksamkeit zu erhalten. Zudem leben Städtepartnerschaften von engagierten Menschen, die es auf Arbeitsebene für die verschiedenen Themen und Projekte zu gewinnen gilt.

Da die Abwicklung von internationalen Projekten vielfach durch die Richtlinien der Fördergeber mit erheblichem administrativen

Aufwand verbunden ist, sollten sich Partnerschaften zunächst über kleine Vorhaben an eine Zusammenarbeit herantasten und Erfahrungen sammeln. Hierbei unterstützt die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global. Wenn möglich, sollte dringend versucht werden, eine lokale Stelle für die Projektdurchführung einzurechnen, denn eine Umsetzung dieser zusätzlichen Projekte durch vorhandenes Fachpersonal gestaltet sich auf Grund sehr begrenzter Zeitkapazitäten oftmals schwierig. Leider gilt dies auch für die Fachebene in den deutschen Kommunen, die zwar oftmals großes Interesse an internationalem Engagement hat, durch die Regelaufgaben jedoch meist mehr als ausgelastet ist. Der Mehrwert internationaler Zusammenarbeit für Mitarbeitende und Kommune wird oftmals unterschätzt.

Annkatriin Christ, Silke Goethe, Jörn Hendrichs,
Annette Lang
Referat Internationale Kooperationen und
Entwicklungszusammenarbeit
Senatskanzlei der Freien Hansestadt Bremen



Diskussionspapier zum Artenschutz in den Städten

Von acht Millionen Pflanzen- und Tierarten auf der Welt sind eine Million vom Aussterben bedroht. Drei Viertel der Landoberfläche und zwei Drittel der Meeresfläche sind erheblich verändert. Dabei ist die biologische Vielfalt für die Menschheit überlebenswichtig. Trinkwasser, Lebensmittel, Atemluft hängen direkt damit zusammen. Doch welche genauen Ursachen befördern den Artenrückgang? Und wie können seltene Tiere und Pflanzen wirksam geschützt werden? Fragen wie diesen widmet sich das Diskussionspapier Biodiversität. Es sieht im Erhalt der Biodiversität eine zentrale Zukunftsaufgabe der Städte und ein wichtiges Element kommunaler Klimaschutzpolitik.

➤ www.staedtetag.de/diskussionspapier-biodiversitaet



Nachhaltige Personalgewinnung bei städtischen Feuerwehren

Wie kann dem Personalmangel bei der Feuerwehr begegnet werden? Wie lässt sich die Aus- und Weiterbildung an die veränderten Anforderungen anpassen? Wie lässt sich die Selbstdarstellung des Berufsbildes beispielsweise in Social-Media-Kanälen verbessern? Antworten darauf, wichtige Impulse sowie Hinweise dazu will das vorliegende Positionspapier liefern. Es wurde gemeinsam vom Deutschen Städtetag und der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren erarbeitet. Das ist auch deshalb so wichtig, weil Feuerwehren das Rückgrat der Gefahrenabwehr in Deutschland bilden.

➤ www.staedtetag.de/popa-personalgewinnung-feuerwehren

Wettbewerb „Klimaaktive Kommune 2022“ gestartet

Wer sind Deutschlands „Klimaaktive Kommunen 2022“? Bis zum 31. März suchen das Bundesumweltministerium und das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) Städte, Landkreise und Gemeinden, die erfolgreiche, wirkungsvolle und innovative Klimaschutzprojekte umsetzen. Bewerbungen sind in den Kategorien „Ressourcen- und Energieeffizienz“, „Klimagerechte Mobilität“ und – ganz neu – in der Kategorie „Klimafreundliche Verwaltung“ sowie im Sonderpreis zum Thema „Klimaschutz und Naturschutz“ möglich. Die Auszeichnung ist mit einem Preisgeld in Höhe von 25.000 Euro je Preisträger dotiert, das wieder in Klimaprojekte zu investieren ist. Die Gewinner werden auf der nächsten Kommunalen Klimakonferenz, voraussichtlich im November 2022 in Berlin, öffentlich bekannt gegeben und ausgezeichnet.

➤ www.klimaschutz.de

Bildungspolitische Positionen aus kommunaler Sicht

Wie lässt sich Bildung in Deutschland zukunftsgerichtet gestalten? Einen Beitrag zu dieser Debatte möchte der Deutsche Städtetag mit dem Diskussionspapier „Bildungspolitischen Positionen“ leisten. Es fasst die zwölf wichtigsten bildungspolitischen Themen aus kommunaler Sicht. Thematisiert werden unter anderem das Recht auf Bildung, Bildungschancen für alle Menschen sowie Bildungsverläufe, die von der frühkindlichen Bildung über die Schule bis zum Übergang in den Beruf und darüber hinaus in Freizeit, Kultur und Weiterbildung reichen. Bildung wird dabei gefasst als eine der zentralen Gestaltungsaufgaben zukunftsorientierter Kommunalpolitik aber auch als eine gesamtstaatliche Aufgabe, die von allen Ebenen – Bund, Ländern und Kommunen – getragen werden muss.

➔ www.staedtetag.de/diskussionspapier-bildungspolitische-positionen



Bürgerbeteiligungen in Pandemiezeiten

Die Einschränkungen des gesellschaftlichen Lebens in der Corona-Pandemie haben ordnungsgemäße Bürgerbeteiligungen in Planungsverfahren häufig stark eingeschränkt. Das Gesetz zur Sicherstellung ordnungsgemäßer Planungs- und Genehmigungsverfahren (PlanSiG) sollte wieder eine rechtssichere Fortführung von Planungsverfahren ermöglichen.

Die aktuelle Veröffentlichung, eine Masterarbeit, analysiert auf 194 Seiten die Auswirkungen dieses Gesetzes auf die Instrumente und Regularien der Bürgerbeteiligung in Planfeststellungsverfahren und zeigt dabei Potenziale, aber auch mögliche Probleme auf. Der Autor, Jonas Lauel, Bachelor of Laws, geht auch der Frage nach, ob die Vorschriften des PlanSiG sich für eine dauerhafte Übernahme in das Verfahrensrecht des VwVfG eignen.

➔ <https://t1p.de/AuswirkungenPlanSiG>



Urbane Landwirtschaft: Beispiele und Forderungen

Urban Farming, Urban Gardening, solidarische Landwirtschaft oder Mikrolandwirtschaft gehören immer häufiger zum Stadtbild. Sie eröffnen neue Möglichkeiten, die Menschen mit regional angebauten, ökologischen Produkten zu versorgen. Sie schaffen Lebensqualität durch begrünte Dächer und Fassaden, das Bewirtschaften von ehemaligen Immobilienflächen oder gemeinsam gestalteten Stadtgärten. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zum Arten- und Klimaschutz und befördern einen bewussten Umgang mit Lebensmitteln und Ernährung. Das Positionspapier trägt Beispiele für urbane Landwirtschaft und Ernährungsstile und ihre Förderung zusammen und formuliert Forderungen der Städte an die EU, den Bund und die Länder.

➔ www.staedtetag.de/popa-urbane-landwirtschaft

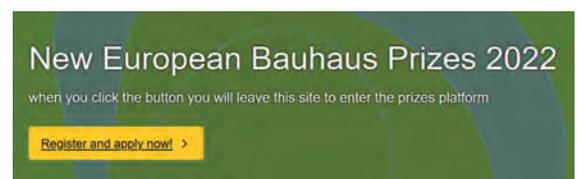
Neues Europäisches Bauhaus sucht Projekte zum Green Deal

Noch bis zum 28. Februar 2022 läuft die Bewerbungsphase für Preise zum Neuen Europäischen Bauhaus 2022. Gesucht werden Ideen und Projekte für Nachhaltigkeit, Inklusivität und Ästhetik, die den europäischen Grünen Deal zu den Menschen und den lokalen Gemeinschaften tragen und zu attraktiven, nachhaltigen und inklusiven Orten beitragen. Die Preise werden in vier Kategorien vergeben:

- Rückbesinnung auf die Natur,
- Wiedererlangung eines Zugehörigkeitsgefühls,
- Vorrang für Orte und Menschen, die Unterstützung am stärksten benötigen,
- Förderung einer langfristigen, auf den Lebenszyklus ausgerichteten und integrierten Denkweise im industriellen Umfeld.

In jeder der Kategorien gibt es zwei parallele Wettbewerbsbereiche für bereits vorhandene Beispiele, die in den letzten zwei Jahren abgeschlossen wurden, und für Konzepte oder Ideen junger Kreativschaffender unter 30 Jahren. Es locken Preisgelder von bis zu 30 000 EUR sowie Kommunikationspakete, die helfen sollen, die Initiativen weiterzuentwickeln.

➔ <https://prizes.new-european-bauhaus.eu>



Deutscher Städtetag



Foto: Lena Giovanazzi

Franziska Giffey (SPD), Regierende Bürgermeisterin von Berlin, ist neues Mitglied im Präsidium und Hauptausschuss des Deutschen Städtetages. Die Sozialdemokratin folgt auf Michael Müller (SPD). Franziska Giffey war von 2018 bis 2021 Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Zuvor engagierte sie sich als Bezirksbürgermeisterin in Berlin-Neukölln. Franziska Giffey wurde am 21. Dezember 2021 vom Berliner Abgeordnetenhaus zur neuen Regierenden Bürgermeisterin gewählt.



Foto: Stadt Berlin

Michael Müller (SPD) gehörte als Regierender Bürgermeister von Berlin seit 2014 dem Präsidium und Hauptausschuss des Deutschen Städtetages an und ist aus diesem ausgeschieden, da er im Herbst 2021 in den Bundestag wechselte. Müller pflegte eine enge Verbindung zum Deutschen Städtetag. Besonders während der Corona-Pandemie war der Austausch intensiv, aber auch als Gastgeber von regelmäßigen Präsidiums- und Hauptausschusssitzungen in Berlin. Zuvor war Müller seit 2011 Senator für Stadtentwicklung und Umwelt in Berlin.

Wiederwahl



Foto: Gilberto Pérez Villacampa

Neubrandenburg: **Silvio Witt** (parteilos), Oberbürgermeister der Stadt Neubrandenburg, wurde in seinem Amt bestätigt. Er leitet seit 2015 die Geschichte der Stadt Neubrandenburg und engagiert sich seit 2016 im Hauptausschuss und seit 2019 im Präsidium des Deutschen Städtetages.



Foto: Rene Loeffler

Der Oberbürgermeister der Stadt Dortmund, **Thomas Westphal**, wird am 22. Februar 55 Jahre alt. Der Sozialdemokrat steht seit 2020 an der Spitze der Stadt Dortmund.

Geburtstage



Foto: Lena Giovanazzi

Julian Vonarb (parteilos), Oberbürgermeister der Stadt Gera, feiert am 7. Februar seinen 50. Geburtstag. Er leitet seit 2018 die Geschichte der Stadt Gera.



Foto: Stadt Halle (Saale)

Oberbürgermeister **Dr. Bernd Wiegand** (parteilos), Stadt Halle (Saale), feiert am 23. Februar seinen 65. Geburtstag. Er steht seit 2012 an der Stadtspitze und ist seit 2013 Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.

Herausgeber:
Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1
10117 Berlin
Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18-32
50670 Köln
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de
Internet: www.staedtetag.de

Geschäftsführendes Präsidialmitglied
Helmut Dedy

Verantwortlich: Volker Bästlein
Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Uwe Schippmann

Gestaltung: DITHO Design, Köln
Layout: Anna-Maria Roch
Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs
Medeya Kommunikation, Bad Honnef

Telefon: 02224/1874-510
Fax: 02224/1874-495
E-Mail: diederichs@medeya.de